

Sozialforum in Erfurt

Berichte und Ergebnisse

Infos aus: Junge Welt 25/07/05
Peter Wolter

Aufruf zum Widerstand - Knapp 5000 Teilnehmer beim ersten deutschen Sozialforum in Erfurt.

Weitere Aktionen gegen Sozialabbau vereinbart.

Am 5. September Aktionstag gegen »Hartz IV«-Gesetze

Auch in Deutschland hat jetzt ein landesweites Sozialforum stattgefunden. Mitglieder zahlreicher Initiativen von Erwerbslosen, der Friedensbewegung, der Flüchtlingshilfe, der Gewerkschaften sowie politischer Gruppierungen beschlossen am Wochenende in Erfurt, enger zusammenzuarbeiten und sich zu vernetzen. An dem Treffen, das von Donnerstag bis Sonntag etwa 250 Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen bot, nahmen nach Angaben des Vorbereitungskreises etwa 3500 registrierte Besucher teil. Einschließlich der interessierten Erfurter Bürger habe die Gesamtzahl der Teilnehmer bei knapp 5000 gelegen.

Die Veranstaltungen des ersten deutschen Sozialforums umfaßten politische Diskussionen und Vorträge, Theater-, Kabarett- sowie Filmaufführungen. Zu den Teilnehmern zählten auch christliche Gruppen, hier und da bot sich Gelegenheit zur Meditation. Höhepunkt war ein Sternmarsch am Samstag, der durch die Erfurter Innenstadt zum Veranstaltungsort führte. Die Abschlußkundgebung zählte schätzungsweise 1500 Teilnehmer.

Seinem Selbstverständnis entsprechend faßte das

Forum keine Beschlüsse. Das blieb der »Versammlung sozialer Bewegungen« vorbehalten, die weitgehend identisch mit dem Teilnehmerkreis ist und sich aus Vertretern verschiedener Netzwerke, Organisationen und Initiativen zusammensetzt. Sie rief die Bevölkerung für den Herbst zu massiven Aktionen gegen den Sozialkahltschlag auf. Unter anderem ist der 5. September als ein weiterer Aktionstag gegen die »Hartz IV«-Gesetze vorgesehen. Am 21. November soll außerdem eine Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen stattfinden. Das zweite deutsche Sozialforum ist für den Herbst 2007 geplant.

In einer Abschlusserklärung der sozialen Bewegungen heißt es, die Verhinderung des neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaft hänge entscheidend von den Protesten vor und nach den Bundestagswahlen ab. »Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muß mit unserem massiven Widerstand rechnen.«

Das Sozialforum sei ein »wichtiger Schritt zur Formierung einer breiten Front gegen den neoliberalen Großangriff auf die sozialen und

demokratischen Rechte«, faßte Hugo Braun vom Vorbereitungskreis zusammen. Es habe »eindrucksvoll die Gemeinsamkeit von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und anderen gesellschaftlichen Gruppen in dieser Auseinandersetzung mit den Vertretern von Kapitalinteressen unterstrichen.«

Zum Linksbündnis gebe es zwar eine gewisse politische Affinität, räumte Braun vor Journalisten ein. Dennoch habe das Sozialforum keine Aussage zur Bundestagswahl getroffen. Ein großer Teil der beteiligten Gewerkschafter sei immer noch auf die gegenwärtigen Regierungsparteien fixiert – andererseits wollten viele der an der Sozialforumsbewegung Interessierten nichts mit Parteien zu tun haben. »Eine große Mehrheit bringt der Linkspartei sicherlich große Sympathien entgegen«, sagte Braun. »Diese neue Partei braucht aber ein kritisches Korrektiv aus den sozialen Bewegungen heraus, damit sie nicht den Anpassungsweg der Grünen geht.«

<http://www.jungewelt.de/2005/07-25/001.php>

Wolfgang Pomrehn

»Zeit für Plan B«

Dreieinhalb Tage Veranstaltungen und Diskussionen beim Sozialforum in Erfurt: Die Devise heißt, sich selbst in Bewegung zu setzen

Manche Leute sind mutig, oder sie haben schlechte Redenschreiber: »Hartz IV muß nachgebessert werden«, forderte der DGB-Chef des Bezirks Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, am Samstag in Erfurt und erntete ein gellendes Pfeifkonzert. So etwas hörte man auf dem ersten deutschen Sozialforum gar nicht gern, auch nicht unter den zahlreichen Gewerkschaftern, die in Thüringens Hauptstadt gekommen waren.

Gegen die Reformagenda

Dreieinhalb Tage lang hatte man diskutiert.

Über Mindestlohn und Grundeinkommen, über Gentechnik und zivilen Ungehorsam, über Weltwirtschaftspolitik und die Besetzung in Irak und Palästina über die Kommunebewegung und Montagsdemonstrationen. Wer die europäischen Sozialforen in Florenz, Paris und London mit ihren Zehntausenden Teilnehmern erlebt hat, könnte ein bißchen enttäuscht gewesen sein. Die Teilnehmerzahlen blieben mit vielleicht 3500 – die Veranstalter sprechen von 5000 – hinter manchen Erwartungen zurück. Auch die Breite der vertretenen

Bewegungen ließ etwas zu wünschen übrig. Die Umweltbewegung fehlte fast vollständig, Studenten wurden nur wenige gesichtet, und die Einwanderer, Hauptbetroffene der sozialen Ausgrenzung und der Hartz-Gesetze, waren deutlich unterrepräsentiert. »Warum«, so fragte Abdullah Ates von der Anatolischen Förderation, »sitzen eigentlich so wenig Migranten auf den Podien?« Bei sechs sogenannten Themenkonferenzen hatte lediglich ein Vertreter einer Einwandererorganisation mitdiskutieren können.

Gut vertreten waren hingegen die Friedensbewegung, lokale Sozialforen und Bündnisse gegen Sozialabbau. Auch linke Gewerkschafter waren zahlreich gekommen, und viele Diskussionen drehten sich um den Widerstand gegen die Reformagenda der Noch-Bundesregierung und den Zumutungen, die man von der nächsten erwartet. Besonders schön brachte ein Transparent einer ver.di-Arbeitslosengruppe aus Oldenburg die Stimmung auf den Punkt: «Unsere Agenda

3010: 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, 10 Euro pro Stunde Mindestlohn.«

Anders, als man es in einem solchen Zusammenhang vielleicht erwarten würde, spielte »Die Linkspartei.« nur am Rande eine Rolle. Viel Beifall gab es auf einem von etlichen hundert Menschen besuchten Podium über die Zukunft der sozialen Bewegungen, als Peter Grottian von der Initiative für ein Berliner Sozialforum

aufforderte, nicht auf das neue Linksbündnis zu schießen. Sich selbst in Bewegung zu setzen, sei die Devise. Auch Hagen Kopp vom Netzwerk »Kein Mensch ist illegal« erntete reichlich Beifall, als er die Rolle Oskar Lafontaines bedenklich nannte, da dieser einer der ersten gewesen sei, die Ende der 1980er Jahre die Abschaffung des Asylrechts gefordert hatten.

Plädoyer für Aufklärung

Einen breiten Raum nahm in den Diskussionen hingegen der EU-Verfassungsvertrag und die Krise ein, in die die Europäische Union nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geraten ist. Verschiedene Redner wiesen darauf hin, daß vermutlich im ersten Halbjahr 2006 die österreichische EU-Ratspräsidentschaft den Vertrag wiederbeleben will. Er sei keineswegs vom Tisch. Vor allem würde versucht, so Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisation in Tübingen, seine militärischen Komponenten auch ohne Ratifizierung umzusetzen. Es sei daher »Zeit für unseren Plan B«, so Haydt, die für weitere Aufklärung und europaweit vernetzen Widerstand plädierte.

Das paßte ganz gut zu Vorschlägen, wie sie von Mitgliedern des Euromarsch Netzwerks diskutiert wurden. Im Juni 2006 findet in Wien ein EU-Gipfel statt, und Österreichs Hauptstadt drängt sich aufgrund ihrer Lage im Zentrum des Kontinents förmlich für große internationale Demonstrationen auf. Deshalb schlagen die Euromarschierer einen europaweiten Sternmarsch in die Donaumetropole vor. Inhalt: Gegen die Ausgrenzung der Arbeitslosen, für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für ein soziales Europa.

Daten und Fakten

Teilnehmer:

3 500 zahlende Gäste haben die Veranstalter gezählt. Der Teilnahmebeitrag betrug 50 Euro, ermäßigt 20 Euro.

Veranstaltungen:

Alle Organisationen, die auf der Charta von Porto Alegre stehen, das heißt gegen Neoliberalismus und imperialistische Kriege sind, konnten Seminare anmelden. Rund 250 davon fanden statt. Hinzu kamen sechs sogenannte Themenkonferenzen, an denen meist mehrere hundert Menschen teilnahmen. Darüber hinaus: Jede Menge Diskussionen, Vorträge, Theater- und Kabarettaufführungen

Internationale Gäste:

Auf den Podien der Themenkonferenzen und als Sprecher in Seminaren saßen unter anderem Gäste aus Rußland, Ungarn, Rumänien, Frankreich, Belgien, Brasilien und Uruguay.

Abschlußerklärung:

Zum Ende des Forums traf sich die Versammlung der sozialen Bewegungen

und verabschiedete einen Aktionsplan. Dieser gilt wie üblich nicht als Erklärung des ganzen Forums, sondern nur der beteiligten Netzwerke und Organisationen. Die Versammlung war allerdings mit rund 1000 Teilnehmern sehr gut besucht.

Ausblick:

Das nächste deutsche Sozialforum ist für den Herbst 2007 geplant. Das nächste Europäische Sozialforum tagt im Frühjahr 2006 in Athen. Das Weltsozialforum wird Ende Januar 2006 dezentral abgehalten, und zwar in Caracas, Venezuela, in Karatschi, Pakistan, und in Bamko, Mali. 2007 soll es wieder ein zentrales Weltforum geben, und zwar in einem afrikanischen Land.

G-8-Gipfel:

Im Sommer 2007 wird der G-8-Gipfel an der deutschen Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Die Vorbereitungen für die entsprechendem Proteste wurden auf dem Erfurter Forum begonnen.

<http://www.jungewelt.de/2005/07-25/012.php>

Wir haben Alternativen – eine andere Welt ist möglich!

Dokumentiert: Die Erklärung der Versammlung sozialer Bewegungen von Erfurt, 24. Juli

2005 Der Ausgang des Referendums zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ebenso wie die Regierungskrise in Deutschland beweisen: Immer weniger vertrauen die Bürgerinnen und Bürger auf Empfehlungen und Aussagen der herrschenden Politikerinnen und Politiker. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre steckt in einer tiefen Legitimationskrise. Es hat sich als falsch erwiesen, daß durch Sozialabbau die Erwerbslosigkeit gesenkt wird. Das Gegenteil ist eingetreten und wird durch das Festhalten an der Lissabon-Strategie weiter verschärft: die zunehmende Spaltung der

Gesellschaft in Arm und Reich, Jung und Alt, Menschen mit und ohne genehmen Paß, in »Leistungserbringer« und »Alimentenbezieher«. Die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten sehen sich einem Generalangriff auf Tarifautonomie, Mitbestimmungsrechte und Kündigungsschutz ausgesetzt. Demokratieabbau und steigende Repressionen gehen einher mit Militarisation. Die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Umwelt sind völlig unzureichend. Die Kluft zwischen GlobalisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen wird tiefer. All das erfüllt zahlreiche Menschen mit wachsender Sorge

um eine lebenswerte Zukunft – global, in Europa und auch hier in Deutschland.

Als Teil der internationalen und globalisierungskritischen Bewegung trafen wir uns in Erfurt – nicht nur, um die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend zu kritisieren, sondern auch, um unsere Alternativen zu entwickeln für eine solidarische, demokratische, ökologische, nicht-patriarchale und sozial gerechte Gesellschaft.

Soziales und Arbeit neu denken. Wir fordern eine komplette Neuausrichtung der Sozial- und Arbeitspolitik. Wir brauchen

ein existenzsicherndes Mindesteinkommen/ Grundeinkommen für jede und jeden jetzt als Alternative zu Hartz IV, einen gesetzlichen Mindestlohn, eine menschenwürdige Rente ohne Diskriminierung, massive Arbeitszeitverkürzung.

Wir treten ein für eine solidarische Gesellschaft, ohne Ausgrenzung und Massenerwerbslosigkeit, ohne Armut und soziale Spaltung, in der jeder und jede sich umfassend bilden und entwickeln und in unterschiedlichen Formen tätig werden kann, chronisch Kranke und behinderte Menschen gleichgestellt sind, jeder Mensch das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen hat. Die Privatisierungen in diesen Bereichen müssen gestoppt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede und jeder am gesellschaftlichen Reichtum angemessen und sicher teilhat. Geld ist genug da! Solidarische Einfachsteuer jetzt!

Eine nach innen und außen friedliche Gesellschaft, die auf militärische Gewalt verzichtet und auch ökonomisch auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität mit anderen Ländern und Weltregionen zusammenarbeitet. Wir lehnen den »Krieg gegen den Terror« ab – er wird zum Vorwand genommen, um demokratische Rechte einzuschränken und Musliminnen und Muslime zu stigmatisieren. Wir fordern die Rücknahme der Antiterrorgesetze und des Zuwanderungsgesetzes sowie den sofortigen Stopp aller Deportationen von Flüchtlingen! Wir brauchen keine weltweit einsatzfähige Interventionsarmee, sondern Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung. Stoppt die milliarden schweren Aufrüstungsprogramme! Die außerhalb Deutschlands stationierten Bundeswehrtruppen müssen abgezogen werden. Die faktische Unterstützung der Besatzungsherrschaft und der US-Kriegsführung im Irak muß beendet werden. Für einen gerechten Frieden in Palästina! Wir bleiben bei unserem konsequenten Nein zur EU-Verfassung!

Eine ökologische zukunftsfähige Gesellschaft, die den Ausstoß von Klimagasen und umweltbelastenden Stoffen sowie den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen auf ein international verträgliches Maß senkt. Das bedeutet bei uns eine ökologisch konsequente Landwirtschaft-, eine Siedlungs-, Energie- und Verkehrspolitik auf der Basis regenerativer Energien und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben und in der Männer nicht über die Köpfe der

Frauen entscheiden. Dies ist zur Zeit in Politik, Gesetzgebung sowie in der Arbeitswelt immer noch die diskriminierende Realität.

Eine demokratische Gesellschaft – mit weit über Wahlkämpfe und Wahltage hinausgehender demokratischer Teilhabe und aktiver Partizipation sowie Entscheidungskompetenz für alle Einwohnerinnen und Einwohner auf allen Ebenen: von der unmittelbaren Interessenvertretung über ökonomische Entscheidungsprozesse, betriebliche Mitbestimmung bis hin zu allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Fragen – von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und globalen. Wege dahin sind die Ausweitung von BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden auf allen Ebenen sowie Beteiligungshaushalte.

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir gemeinsam die totale Vermarktung der Menschen und ihrer Umwelt stoppen und globales Zusammenleben neu gestalten. Dazu brauchen wir Austausch und Begegnung wie bei diesem Sozialforum in Erfurt:

Verstärkte Vernetzung der sozialen Bewegungen vor Ort, nicht zuletzt in Form der lokalen Sozialforen, um die Menschen zu befähigen, Akteure direkter Demokratie zu werden. Dazu gehört auch die Verknüpfung zu überregionalem Austausch und gemeinsamer Aktion.

Globalisierung von unten: Kommunikation und Kooperation unabhängig von Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe. Der gemeinsame Kampf weltweit für globale soziale Rechte für alle ist unsere Aufgabe. Wir fordern Schuldenstreichung und das Ende der neoliberalen Strukturpassungsprogramme.

Ob es gelingt, weiteren neoliberalen Umbau zu verhindern, hängt entscheidend von den Protesten der sozialen Bewegungen vor und nach den Bundestagswahlen ab. Wer auch immer regieren wird und weiteren Sozialabbau betreibt, er muß mit unserem massiven Widerstand rechnen.

Als gemeinsame Aktionen der nächsten Monate schlagen wir vor:

- Einen dezentralen bundesweiten Aktionstag am 5. September: Soziale Bewegungen melden sich zum Wahlkampf zu Wort!
- Eine Aktions- und Strategiekonferenz der sozialen Bewegungen am 19./20. November 2005.

Die Mobilisierung zum europäischen Aktionstag für ein soziales Europa am 15. Dezember 2005 in Brüssel sowie die Fortsetzung der Kampagne gegen die EU-Verfassung und die Proteste gegen die EU-Richtlinien zu Dienstleistung, Arbeitszeit und Militarisierung.

– Bundesweite globalisierungskritische Aktionstage im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft im **Sommer 2006**: Gegen Überwachungswahn, gegen die ausbeuterische Produktionsweise von Nike und Co. sowie gegen Rassismus.

– Eine Kampagne gegen die Politik der G 8 anlässlich ihres Gipfels **im Juli 2007** in Heiligendamm.

Wir laden im Herbst 2007 zu einem zweiten Sozialforum in Deutschland ein.

Außerdem unterstützen wir folgende Veranstaltungen und Aktionen:

– Die Aktionen gegen Gentechnik in der Landwirtschaft »Tanz in den Mais« am 30./31. Juli 2005.

– Die Aktionen der Friedensbewegung am Hiroshimatag und Antikriegstag.

– Das Aktionswochenende gegen Lager und für Bewegungsfreiheit am 24./25. September.

– Die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Verlängerung des Afghanistan-Mandats der Bundeswehr im Oktober 2005.

– Den Kongreß »Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein« in Wien, 7.–9. Oktober 2005.

– Die landesweiten Aktionen in Baden-Württemberg gegen Wohnungsnot und Armut am 12. Oktober 2005

– **Die Demonstration gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien am 5. November in Lüneburg sowie die nachfolgenden Aktionen gegen die Castor-Transporte.**

– Den Bürgerkonvent »Für ein anderes Europa« in Rom am 12./13. November 2005.

– Den weltweiten Aktionstag am 10. Dezember gegen die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong: »Stoppt die WTO-Konzern-Agenda«!

– Das internationale Symposium über Isolation von Gefangenen vom 17. bis 20. Dezember in Paris.

– Die Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren und Abschaffung der Lehrmittelfreiheit im Herbst 2005 und Frühjahr 2006.

– Gegenaktionen zur NATO-Sicherheitskonferenz vom 3.–5. Februar

Interview: Peter Wolter

»Ein kleinteiliger Anfang«

Sozialinitiativen haben den Zerlegungsprozeß der SPD gefördert. »Hartz-Schluß« nächste bundesweite Aktion. Ein Gespräch mit Peter Grottian

* Peter Grottian ist Hochschullehrer für Politologie an der Freien Universität Berlin und Mitglied im Berliner Sozialforum

F: Um die Anti-Hartz-Proteste und die Montagsdemos ist es in den vergangenen Monaten ruhig geworden. Signalisiert das erste deutsche Sozialforum in Erfurt jetzt einen Aufbruch?

Die langfristige Wirkung der Proteste war wie eine Zündschnur – der Zerlegungsprozeß der SPD wurde gefördert. Es gibt also keinen Grund, daß die Sozialprotest-Initiativen jetzt mit langen Dackelohren herumlaufen und klagen, die Aktionen hätten die Einführung von »Hartz IV« nicht verhindern können. Die Proteste dagegen waren dennoch erfolgreich. Das ist einer der Gründe, warum von Erfurt keine wirkliche Aufbruchstimmung ausgeht.

F: Haben die Proteste gegen »Hartz IV« der Sozialforum-Bewegung den Wind aus den Segeln genommen?

Die Sozialforum-Bewegung ist komplizierter. Dem Sozialforum in Florenz ist es zu verdanken, daß sich überhaupt lokale und regionale Sozialforen in Deutschland gebildet haben. Dieser Prozeß ist mit etwa 40 Initiativen nicht sehr weit gekommen. Soeben hat man sich darauf verständigt, in Bremen in den nächsten Monaten einen Austausch aller deutschen Sozialforen zu organisieren. Mit anderen Worten: Das Sozialforum in Deutschland hat noch einen sehr schwachen Unterbau. Und deshalb ist es schwierig, größere gemeinsame Projekte zu entwickeln. Erfurt ist ein kleinteiliger Anfang ohne größere

2006 in München.

– Einen bundesweiten Aktionstag der lokalen Sozialforen für ein lebenswertes Europa im Zusammenhang mit einer europäischen Initiative am 4. März 2006.

– Die Beteiligung am nächsten Europäischen Sozialforum in Athen im April 2006.

Perspektiven. Beim Sozialforum geht es ja nicht nur um Sozialproteste, sondern um eine ungleich breitere Thematik, in der es um die globalisierungskritische Bewegung, um Geschlechterdemokratie, um ökologische Zukunftsfragen usw. geht.

F: Beim Sozialforum waren viele IG-BAU-, IG-Metall- und ver.di-Fahnen zu sehen, der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske beteiligte sich an den öffentlichen Diskussionen. Deutet sich hier ein neues Verhältnis der Gewerkschaften zur Protestbewegung an?

Positiv ist, daß sich Bsirske eindeutig für radikale Arbeitszeitverkürzungen in Richtung der 30-Stunden-Woche geäußert hat. Solche radikalen Töne sind von den Funktionären von ver.di und IG Metall fast nicht mehr zu hören. Negativ ist, daß er keine Perspektive der Kooperation zwischen neuen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften vermitteln konnte. Das Wort »Grundeinkommen« kommt nur mühsam über seine Lippen und eine grundsätzliche Ablehnung der Hartz-Gesetze hat man auch nicht hören können. Und das wohl wichtigste: Daß neue soziale Bewegungen und Gewerkschaften darüber streiten, welche Streikformen und welche Formen des zivilen Ungehorsams sie gemeinsam oder getrennt praktizieren sollen – darauf hat sich Bsirske nur auf Fragen aus dem Publikum eingelassen.

F: Welche Perspektiven haben die sozialen Proteste nach Gründung des Sozialforums?

Wichtig ist, daß sie inzwischen klarere

– Die Ostermärsche der Friedensbewegung im Frühjahr 2006.

– Europäische Märsche für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zum EU-Gipfel nach Wien im Juni 2006.

<http://www.jungewelt.de/2005/07-25/013.php>

Positionen erreicht haben: Bedingungsloses Grundeinkommen, radikale Arbeitszeitverkürzungen, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in Zehn-Euro-Jobs mit freiwilligen, tarifgesetzlichen Regelungen. Hinzu kommt eine Vorstellung von Erwerbsarbeit, in der sich ein bis zwei Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz selbst suchen können, der gesellschaftlich bezahlt wird. Und es gehört auch dazu, solche Arbeitsplätze durch eine teilweise Schließung der Arbeitsagenturen zu finanzieren. Offen ist aber, inwiefern es uns gelingen kann, im Wahlkampf und nach der Wahl einen authentischen Sozialprotest zu organisieren, der nicht nur auf die Linkspartei schießt, sondern diese ebenso wie die herrschenden Parteien herausfordert.

Es gibt deshalb den Vorschlag einer längerfristig angelegten Strategiekonferenz mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und anderen politischen Initiativen. Die Aktionsbündnisse der Sozialproteste haben außerdem angeregt, am 5. September nach dem Muster des »Agentur-Schluß« vom 3. Januar einen »Hartz-Schluß« zu organisieren. Das könnte etwa so aussehen: Interventionen im Wahlkampf, Belagerung von Arbeitsagenturen, unkonventionelle Demonstrationen oder auch offizielle Begräbnisse von Schröder, Clement und Fischer.

<http://www.jungewelt.de/2005/07-25/018.php>